

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt: Betriebsstörung Streik usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise Preisliste oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise Reklameweise 40 Pfg., Ausnahmepreise 30 Pfg. für Anzeigen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedeutlich geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M. das Laubend, zusätzlich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 114

Dienstag, den 30. September 1930

32. Jahrg.

Neues in Kürze.

* Bizekanzler Raugoin ist mit der Bildung des neuen österreichischen Kabinetts beauftragt worden.

* Der deutsche Gesandte in Prag, Dr. Roth, hat im dortigen Außenministerium Vorstellungen wegen der Demonstrationen gegen deutsche Konzesse erhoben.

* Obwohl die deutsche Botschaft bereits auf die Zusammenfassung des Böhmerbundes gesetzt worden ist, sollen darüber nochmals direkte Verhandlungen zwischen der deutschen und tschechischen Delegation stattfinden.

* „Manchester Guardian“ behauptet die in letzter Zeit erfolgte Schwächung in der Politik Englands, das nach den Erfahrungen Lord Curzons im Gegensatz zu den Ausführungen Hendersons auf die Seite der Abklärungsgegner getreten ist.

Das deutschfeindliche Prag.

Es gehört zu jenen Größten, an denen das heutige Europa nur allzu reich ist, daß gerade Prag, die Hauptstadt eines Staates mit 3 1/2 Millionen deutscher Einwohner, den Ruhm für sich in Anspruch nimmt, als die deutschfeindliche Hauptstadt der Welt zu gelten. Durch die Vorgänge in Prag, die in diesen Tagen die allgemeine Aufmerksamkeit in ganz Europa erregt haben durch die wilden Hofausbrüche gegen das Deutschtum, die Zerwürfungen deutschen Eigentums-Ansprüche, gegen die die Polizei erst auffallend spät und zögernd eingeschritten zu sein scheint — durch das alles wird Joga Warshawski, das sich sonst den Ruf der Deutschfeindlichkeit nicht nehmen läßt, bis zu einem gewissen Grade in den Schatten gestellt. Im Grunde haben diese Vorgänge für jeden, der die politische und psychologische Entwicklung der Nachkriegszeit mit einiger Aufmerksamkeit beobachtet hat, nicht allzu überrascht.

Wollen wir die Tschechoslowakei verdanken Deutschland einen wesentlichen Teil ihrer eigenen nationalen Kultur, wie denn alle die jungen Staaten, die durch die Versailles-Friedensschlüsse geschaffen worden sind, eine mehr oder minder lange Zeit unter deutschem Einfluß gestanden haben. Das heutige Polen zehrt zum überwiegenden Teil noch von dem Kolonisationswert des großen Königs, und Böhmen, das sich heute den wenig wohlklingenden Namen der Tschechoslowakei zugelegt hat, hat Jahrhunderte hindurch das Herzstück des Habsburger Nationalstaates gebildet.

Das alte Österreich, das Vorbild eines nach großen Gesichtspunkten geleiteten Nationalitätenstaates, der sowohl den Polen wie den Tschechen weitgehende Rechte einräumte, gehört heute der Vergangenheit an, und die Nachfolgestaaten, die an seine Stelle getreten sind, werden, wie es scheint, weniger nach politischer und völkerrechtlicher Gesichtspunkten als von Ressentiments und Minderwertigkeitskomplexen aus geleitet. Man spürt hier überall den Haß einer niederen Kultur gegen eine höhere und entfremdet sich unwillkürlich, daß schon im Jahre 1861 Friedrich Schöberl, der große deutsche Dichter, von den Polen und Tschechen das prophetische Wort geprägt hat:

„Selbst die Weidentenmäher rütteln Am Bau, den jeder tot gelautet. Die Tschechen und Pololen schütteln Ihr trüppig Karpatenhaus.“

Offenbar legen beide Völker, und wie es scheint, in neuerer Zeit die Tschechen ein ganz besonderes Gewicht darauf, diese bittere Charakteristik des Dichters zu rechtfertigen. Der finstere Fanatismus, mit dem man sowohl in Polen wie in der Tschechoslowakei die Ausrottung des Deutschtums fordert und den Kampf gegen die deutsche Kultur durchführt, wäre im früheren Europa unvorstellbar gewesen: er ist das deutliche Zeichen dafür, daß es Völker gibt, die ihre neu gewonnene Freiheit schlecht verstehen und in den durch sie eine beflaggenwerte Hypothese erzeugt wird. Der Kampf gegen die deutsche Kultur, wie er zurzeit in Prag durch Fensterfüremereien und johlende Pöbelhaufen durchgeführt wird, hat im Grunde etwas grotesk Komisches, denn gerade in Prag empfindet selbst der flüchtige Besucher schon beim Anblick dieser wahrhaft herrlichen Stadt, daß er hier einen eiferfüchtigsten Zentrum deutscher Kultur gegenübersteht.

Wenn die tschechische Presse berichtet, daß in Prag jede „jüdische und deutsche Schweinerei“ vernichtet wird, so würde dann vermutlich nicht viel von Prag übrig bleiben. Wir Deutschen werden natürlich schmerzhaft betroffen durch die Unmöglichkeit, die Rechte der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei in wirkungsvoller Weise wahrzunehmen. Im übrigen können wir den Kampf gegen die deutsche Kultur, der jetzt in Prag zu toben scheint, ruhig zusehen, da solche Dinge sich selber richten. Aber die nationale Selbstachtung fordert, daß wir jede Verletzung auch in wirtschaftlicher Hinsicht mit der Tschechoslowakei nach Möglichkeit einschränken und

insbesondere auf den bei uns noch immer beliebten Versuch tschechischer Biere verzichten, um so mehr, als die auf diese Weise der tschechoslowakischen Wirtschaft zugute kommenden Beiträge bekanntlich vorwiegend zu deutschfeindlicher Propaganda verwandt werden. Das ist sicher nur ein kleines Mittel, aber auch dieses sollte in dem großen Kampfe um die Geltung des Deutschtums in der Welt nicht ganz verschmäht werden.

Der neue Bundeskanzler.

Vaugoin mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut.

Wien, 28. September.

Bundespräsident Miklas hat Vizekanzler Vaugoin mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut.

Der mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragte Vizekanzler Vaugoin ist im 57. Lebensjahre. Er war Rechnungsbeamter des Landes Niederösterreich, 1912 wurde er in den Wiener Gemeinderat gewählt, 1915 rückte er zur Kriegsdienstleistung ein und fand bis Kriegsende als Rittmeister im Felde. Von 1918 bis 1920 befehligte er das Amt eines Stadtrates von Wien. Im Jahre 1920 wurde Vaugoin in den Nationalrat gewählt und 1921 zum Bundesminister für Heerwesen ernannt, welches Amt er letzter mit kurzer Unterbrechung bekleidete. 1929 wurde Vaugoin zum Vizekanzler und 1930, nach dem Rücktritt des Bundeskanzlers Dr. Seipel, dem christlich-sozialen Parteirat einstimmig zum Bundesparteiobmann gewählt.

Vor Neuwahlen in Oesterreich?

In einer Entschließung der Großdeutschen Volkspartei wird betont, daß Bundeskanzler Schober von der Christlich-Sozialen Partei gestürzt wurde. Das Vorgehen der Christlich-Sozialen Partei bedeute einen Bruch des Koalitionsvertrages der Mehrheitsparteien.



Vaugoin.

Die christlich-soziale Parteileitung habe ohne jede Fühlungnahme mit den Großdeutschen Schober gestürzt. Hierdurch sei eine Vertrauenskrise hervorgerufen und die antimarkettische Einheitsfront im Parlament zerfallen worden. Diese Taten machen der Großdeutschen Volkspartei die Teilnahme an einer neuen Mehrheitsbildung unmöglich. Die Entscheidung liegt nun beim Volk.

In einer Sitzung des Landbundes wurde eine Entschließung gefaßt, daß es dem Landbund unmöglich sei, sich an der Regierungsbildung zu beteiligen. Der Landbund sei von der Christlich-Sozialen Partei entsprechend den Koalitionsvereinbarungen nicht rechtzeitig vom beabsichtigten Rücktritt der christlich-sozialen Minister unterrichtet worden.

Der Landbund erblicke darin einen Bruch der Koalitionsvereinbarungen und sei deshalb nicht in der Lage, sich an der Bildung einer Mehrheitsregierung zu beteiligen.

Schober soll eine „Staatspartei“ gründen.

Die Beschlüsse der Großdeutschen und des Landbundes, sich an der Regierungsbildung, zu der Vaugoin vom Bundespräsidenten beauftragt wurde, nicht zu beteiligen, haben eine neue Lage geschaffen. Im parlamentarischen und politischen Kreise ist man der Ansicht, daß eine christlich-soziale Minderheitsregierung nicht von langer Dauer sein könne und daß die derzeitige parlamentarische Krise durch Neuwahlen beendet werden müsse. Auch in christlich-sozialen Kreisen ist man der Ansicht, daß Neuwahlen vor der Tür stehen. Man legt sich, daß es zwecklos wäre, mit einer Minderheitsregierung die letzten Monate des Tagungsabschnittes verbringen zu wollen.

Als neue Entscheidung ist festzustellen, daß von Persönlichkeiten der Weltweit und von hohen Bundesbeamten eine Denkschrift an Dr. Schober in Vorbereitung sein soll, in der Schober aufgefordert werde, bei den kommenden Wahlen an die Spitze einer neu zu gründenden Staatspartei zu treten.

Man spricht auch bereits davon, daß Schober bereit sei, die Wahlen an der Spitze einer Partei der Mitte mitzumachen. Eine gewisse Rolle kommt der Sitzung der Bundesführung der Heimwehren zu, an der auch die Landesführer teilnehmen.

Die Not der deutschen Städte.

25. Tagung in Dresden.

Dresden, 27. September.

Zu einer Jubiläumstagung ist der deutsche Städtebund in Dresden zusammengetreten, wobei der Präsident Dr. Wulter in seiner Ansprache hervorhob, daß der Städtebund die Städte als kulturelle und wirtschaftliche Mittelpunkte in ihrer Lebendigkeit und Initiative erhalten wissen wolle. Er fordere eine Selbstverwaltung nicht nur nach der Form, sondern auch nach dem Inhalt. Die härteste Einschränkung liege nach wie vor auf dem Gebiete der Finanzen.

Hier zeigte sich die Schicksalsverbundenheit von Reich, Ländern und Gemeinden am deutlichsten.

Der sächsische Ministerpräsident Schied erwähnte u. a. die Reichsreform und hob hervor, daß die andere große dringliche Aufgabe sei und bleibe der Finanzausgleich, und was vielleicht noch mehr sei, der Finanzjobenausgleich.

Der preussische Minister Dr. Waentig übertrug dem Städtebund die Grüße und Wünsche der preussischen Staatsregierung.

Den Hauptvortrag hielt hierauf Oberbürgermeister Dr. Ruppe-Münchberg, und zwar über das aktuelle Thema:

Arbeitslosenversicherung und Gemeindehaushalt. Er hob hervor, daß durch die rapide und unaufhörliche Zunahme der Arbeitslosenverhältnisse — allein in den Städten mit über 25 000 Einwohnern vom Januar bis August um 225 000 auf 445 000 — die Mehrzahl der Gemeinden bis Ende d. J. mindestens 250 Millionen betragen würden, zu denen noch die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und der Beiträge zur Krankenversicherung und der Beiträge zur Verfügung stehenden Mittel aufgeht. Die neuen Arbeitslosenversicherungsbeiträge könnten ebenfalls den sonstigen Einnahmehinfall ausgleichen, der für nur etwa 135 Millionen erbringen würden. Dagegen blieben die angeheuren Mehrzahl der Gemeinden unmittelbar vor die finanzielle Katastrophe. Es gebe nur einen Ausweg: die Arbeitslosenversicherung nach Steuern und Zehndauer unbedeutend auszuheben unter Aufbringung der Mittel durch das Reich. Unhaltbar seien die Vorschläge, die den Zuschuß des Reiches auf eine Höchstsumme oder feste Dotationen beschränken wollten.

Dr. Brüning an den Städtebund.

Der Reichskanzler hat an den Präsidenten des Städtebundes ein längeres Schreiben gerichtet, in welchem er behauptet, nicht persönlich an der Tagung teilnehmen zu können, „weil die auf das gleiche Ziel gerichteten bedeutamen Arbeiten des Reichskabinetts noch nicht zu Ende geführt sind, die der Schaffung eines klaren Sanierungsprogramms der Reichsregierung für die bevorstehenden politischen Verhandlungen“ gelten. Er übermittelt dem Städtebund schließlich die herzlichsten Glückwünsche zu seiner Jubiläumstagung.

Endlich Abrüstung!

Graf Bernstorffs deutscher Appell.

Genf, 27. September.

Der zweite Führer der deutschen Delegation in Genf, Graf Bernstorff, hat in der sogenannten dritten Kommission des Versaillerbundes, die sich in diesen Tagen eingehend mit der Abrüstungsfrage zu befassen hat, einen Antrag eingebracht, der noch einmal einen dringenden Appell an die Mitglieder des Völkerbundes richtet, durch fähbare Herabsetzung der Rüstungen das verlorene Vertrauen zum Völkerbund zurückzugewinnen.

Immer und auf jeder Tagung sei es des Rates, sei es im Plenum, muß Deutschland den Finger in die diese Wunde des Völkerbundes legen und immer wieder daran erinnern, daß der moralische und politische Kurs der Genfer Völkerkonvention abhängig ist und bleibt von der Frage, ob endlich ernst gemacht wird mit der stillschweigenden und stillschweigenden Pflicht, die der Völkerbund seit seiner Gründung zu erfüllen hat, nämlich mit einer wirklichen, sichtbaren und wirksamen Einschränkung der Rüstungen.

Anfang November soll das Vorbereitende Komitee, das bisher zu keinem Ergebnis gekommen ist, das, wenn man so will, überhaupt keinen einzigen Schritt weitergeführt hat, seine Arbeiten aufnehmen. Schon die dauernde Vertagung dieses Komitees ein Hinuschleppen, benutzt und unbenutzt der Abrüstungsfrage. In dem Antrag, den Bernstorff der Völkerbundsdelegation unterbreitet, wird mit Bedauern auf diese Enttarnung hingewiesen, die jeden Erfolg und jede Arbeit in der Abrüstungsfrage bisher illusorisch gemacht hat. Der deutsche Antrag verlangt wiederum, daß auf der Novembertagung der vorbereitenden Abrüstungskommission neben den allerdings durch die Londoner Konferenz ebenfalls ungeklärten Streitfragen das Problem der Beschränkung der Effektivrüstungen und des Kriegsmaterials zur Beratung gestellt wird.

Mit aller Deutlichkeit erklärt die deutsche Regierung darin, daß, solange eine fähbare Herabsetzung der Rüstungen aller Kategorien einschließend des Kriegsmaterials nicht erzielt ist, nicht einmal von einem ersten Schritt zur Abrüstung die Rede sein könnte.

Das mag den in Waffen harrenden Mächten unangenehm sein, sie werden aber diese Vorwürfe immer wieder zu hören bekommen, solange sie ihre furchtbar eingegangene Verpflichtung, nach der deutschen Wiedervereinigung auch ihrerseits durch Einschränkung ihrer Kampftruppen, ihrer Reservisten und Kriegsmaterials eine Befriedung des Friedens, wenn nicht zu befähigen, zu verringern erfüllt haben.

Mit Recht erklärte Graf Bernstorff, daß nun zehn Jahre in die Welt gegangen sind, wo Deutschland unter seiner maßgeblichen Führung immer wieder in allen Ländern der Welt für die Vorkriegszeit geworden habe und immer wieder darauf hingewiesen habe, daß ohne die Erfüllung dieser Verpflichtung der Völkervertrag nicht die Zustimmung erlangen kann, die er im Interesse einer friedlichen Fortentwicklung der Weltpolitik haben mußte.

Sord Gell ist dem Grafen Bernstorff entgegengetreten. Die Abrüstungsfortschritt, die nun die Endentscheidung bringen soll, müsse eben rechtlich vorbereitet werden. Deutschland hat in wenigen Jahren vollständig abgerüstet. Deshalb brauchen die anderen Jahrzehnte dazu?

Der schweigsame Kanzler.

Ein klares Wort tut not!

Berlin, 28. September. Man weiß zwei Wochen nach dem 14. September immer noch nicht, auf welche Weise der Kanzler die an sich sympathische Ruhe, die er dem Wahlergebnis entgegensteht, durch die Laie zu rechtfertigen gedenkt. Es ist zwar kaum vorstellbar, daß Herr Bethmann unter Umständen die Hilfe derer zu Innenpolitik in Anspruch nehmen würde, die er als unmögliche Bundesgenossen für die Außenpolitik hat kennzeichnen lassen. Aber wenn dem so ist, und wir möchten noch nicht daran zweifeln — weshalb wird es dann nicht schlicht und gerade ausgesprochen?

Vielleicht sieht sich der Kanzler nun durch die schädliche Stimmung im Ausland veranlaßt, die er geheimnisvollen Redereien herauszusprechen. Denn hier liegt die Ursache der Nervosität, die trotz der bewiesenen Erklärung und trotz der guten Aufnahmen, die die Rede des Außenministers in Genf gefestigt hat, in Paris, London und New York aufgeblüht ist. Im Interesse aller der außenpolitischen Position Deutschlands vor allem ist es bringen erforderlich, daß die Regierung sich nicht darauf beschränkt, Puffwörter zu dementieren, sondern positiv zu erörtern gebe, daß eine entschlossene Führung am Werke ist.

In Deutschland glaubt kein ernsthafter Betrachter an irgendwelche Katastrophen, und auch im allgemeinen ist von so etwas wie „Panik“ nicht die Spur zu merken. Gleichwohl muß auch der deutsche Staatsbürger verlangen zu erfahren, wozu der Regierungschef steuern will.

Mit wem will Herr Bethmann seine Vorlesungen vorverfügen? Will er abwarten, ob sich um sie irgendeine Gruppe zusammenschließen werde, oder sollen die Reformprogramme so gestaltet werden, daß sie eine „Koalition der Vernünftigen“, die der preussische Ministerpräsident Otto Braun als die Forderung der Stunde bezeichnet hat, von vornherein befähigen? Zugegeben: der Schwierigkeiten sind viele. Wenn es fragt sich sehr, ob sie überhaupt nicht größer sein werden, als sie bei der sofortigen Kabinettsumbildung gewesen wären.

Unsaubere Gesehmacherei.

Läden in der Geschäftsordnung des Reichstags.

Berlin, 28. September. Seit Jahren werden von allen Parteien bei Beratung eines gerade vorliegenden Gesetzeswurfs Änderungsanträge eingebracht, die die Änderung eines ganz anderen Gesetzes oder die Verbindung zweier gar nicht miteinander zusammenhängender Materien zum Ziele haben. Als Beispiel kann angeführt werden, daß zur Änderung des Biersteuergesetzes Anträge eingebracht waren, die das Unfallversicherungsgesetz geändert werden wollten. Professor Dr. Jähns schlägt deshalb nachstehende Änderung der Geschäftsordnung des Reichstags vor:

„Gesetzesentwurf, Haushaltsvorlagen und Staatsverträge werden in drei Beratungen, alle anderen Vorlagen in einer Beratung erledigt. Anträge, durch die ein bestehendes Gesetz geändert werden soll, müssen als Gesetzesentwürfe eingebracht und beraten werden.“

Änderungen zu Gesetzesentwürfen und Entschlüssen können beantragt werden solange die Besprechung des Gegenstandes, auf den sie sich beziehen, noch nicht geschlossen ist. Sie dürfen sich nur auf den Gegenstand des vorgelegten Gesetzesentwurfes beziehen.“

Auf schwankem Grund.

Roman von S. Wt.

31. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.) Von Ediths Lippen aber klang lautes Lachen, das wollte gar nicht enden. Sie lachte fast in einem Fort, so lange das Beilammenien noch dauerte, sie lachte während der gemeinsamen Seinfahrt und lachte, als sie auf Hauke beim Gutenachtgessen freud, der mit müden Augen vor sich hingab, sich plötzlich zu der Bemerkung erinnerte: „Mirlich! lolial! ulika, der alte Knopf. Aber wenn ich Felix wäre — so gewisse Ulereien würde ich mir doch verbiten. Effettio.“ „Geh zu Bett.“ sagte Rudolf Dahlinger kurz. Dann streifte er Ediths Stirn mit den Lippen. „Schlaf wohl, Edd.“ Sie hing an seinem Halse. „Gute Nacht, Papa.“

Er strich ihr über die brennenden Augen, die so atir und feberhaft ihm anblinzelten. „Ja, ja, es war ein bißchen viel des Guten, wir haben alle die Adpfe warm. Gute Nacht, Kleine.“

In ihrer Stube löste sie sich das leichte Haar. Es fiel ihr bis über die Taille herab und dauerte sich lodig am Schultern und Schläfen. So sah sie mit vordereubtem Kopfe in den Spiegel hinein. Hüßlich sah sie aus — und so fremd, so fremd. Das machte, sie hatte so viel gelacht — daher das Fremde am Mund und Augen. Und in den Schläfen die Blut. Und im Stirn die tosende Arterien.

Doll Hoff verlorste sie das Licht und warf sich über ihr Lager hin. —

Die Weihnachtsstage waren vorüber. Das neue Jahr hatte begonnen und zähneknirschend sah Felix Wahms an seinem Schreibtisch. Die Rechnungen für Baumaterial waren eingelaufen und bildeten einen weit höhere Summe, als er veranschlagt hatte. Und hinter jedem Posten der Voller und immer wieder der Voller. Tausende

Mit Annahme dieser Ergänzungsvorschläge wäre die Möglichkeit weiterer Fortsetzung dieses Mißbrauchs ausgeschlossen. Ein Schritt weiter getan zur Herbeiführung größerer Uebersichtlichkeit und Systematik unserer Gesetzgebung.

Gegen den Youngplan.

Die Wirtschaftspartei will die Sozialdemokratie ausschalten. Berlin, 28. September.

Die neue Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei hielt ihre erste Sitzung ab, in der die politische Lage erörtert wurde. Im Anschluß daran trat der Reichsausschuß der Wirtschaftspartei zu einer Sitzung zusammen.

Die Auflösung der Reichstagsfraktion, sich zu einer Regierung, auf welche die Sozialdemokratie direkten oder indirekten Einfluß nimmt, weder etio noch dulden zu beteiligen, fand die einmütige Billigung und Zustimmung des Reichsausschusses.

Das Verbleiben der Wirtschaftspartei in der bestehenden oder ihre Mitwirkung an einer neu zu bildenden Regierung wird die Partei ausschließlich davon abhängig machen, ob sie sich dem Gesamtprogramm der Regierung der unerfüllbaren Wille erkennen lasse, daß mit der sozialistischen Wirtschaftsführer, Finanz- und Kulturpolitik ein Ende gemacht wird. In den der Regierung zu überreichenden Forderungen wird auch eine Verringerung der Außenpolitik mit dem Ziel der Revision des Youngplans und des Versailleser Vertrags verlangt werden.

Von ausschlaggebender Bedeutung für die endgültige Entscheidung der Wirtschaftspartei wird die Aufgabe sein, ob sich aus dem Gesamtprogramm der Regierung der unerfüllbaren Wille erkennen lasse, daß mit der sozialistischen Wirtschaftsführer, Finanz- und Kulturpolitik ein Ende gemacht wird. In den der Regierung zu überreichenden Forderungen wird auch eine Verringerung der Außenpolitik mit dem Ziel der Revision des Youngplans und des Versailleser Vertrags verlangt werden.

Zadenscheinige Begründung.

Nach der Auflösung des schlesischen Sejm.

Warschau, 28. September.

Die außerordentlich starke Erregung, die sich in Pommern-Schlesien angeht, des gemäßigten Vorgehens der Warschauer Regierung zeigt, hat es der Regierung zweckmäßig erscheinen lassen, nachträglich doch noch so etwas wie eine Begründung für die Auflösung des schlesischen Sejm zu veröffentlichen.

Sie gerät allerdings bei diesem Versuch in krausen Widerspruch mit dem Ziel, den die Regierung, nach der Sejm ein zwischen ihm und den Woiwoden abgeschlossenes Kompromiß habe brechen und einen Reichshaushalt beschließen wollen, trifft nicht zu. Es wird immer deutlicher, daß die Beteiligung des Parlaments nur erfolgt ist, um damit mißliebige Abgeordnete der Opposition ihrer Immunität zu berauben und verhaften zu können.

Einen besonders guten Griff glaubt die Regierung mit der Festlegung Soranians gemacht zu haben, dessen Zeltung einer petitionalen Hausanhörung unternommen wurde, und den



Korfanis verhaftet.

Korfanis, der Führer der Christlich-Demokratischen Partei in Ober-Schlesien und seinerzeitige Führer des Injuranten-Ausschusses, ist in Katowitz verhaftet worden.

man selbst nach Brief verflochten hat. Die Verhaftung Korfanis sieht in der öffentlichen Meinung Schleiens auf lebhaften Widerspruch, und sie demütigt zusammen mit der Festlegung des Sejm eine Erregung, die auch auf die Arbeitererschaft übergreift und sich bereits in Streikaufrufen Luft macht. Die Arbeitererschaft wird durch Arbeitsüberdeutung gegen die Uebergänge des schlesischen Woiwoden und der Warschauer Diktatur demonstrieren und die kommenden Woche mit also in Pommern-Schlesien zu scharfen Spannungen führen.

Letland und der deutsche Butterzoll.

Eine europäische Butterzollzentrale?

Berlin, 28. September.

In einer Unterredung kam der lettische Ministerpräsident auf seiner Rückfahrt von Genf auch auf die Frage des deutschen Butterzolls zu sprechen. Er teilte dabei mit: er habe mit Außenminister Curtius und Dr. Ritter, dem Schöpfer des deutschen Vertrags mit Finnland, verhandelt. Wichtige Vereinbarungen seien bisher noch nicht erfolgt, doch sei die Haltung der Herren durchaus freundlich und entgegenkommend gewesen.

Allerdings würde nach seiner persönlichen Ansicht ein Kontingent von 5000 Tonnen Butter, wie es für Finnland bestimme, für Lettland nicht genügen, da Deutschland Butterexport gegenwärtig das Doppelte beträgt. Zudem verbiete Lettland, das so viel aus Deutschland importiert, einige Rückfälle.

Er persönlich sei mit einigen anderen Bundesdelegierten in Genf der Meinung, daß es zweckdienlich wäre, eine europäische Butterzollzentrale zu organisieren, der die Regierung des Butterexportis der Staaten unterliegen würde.

Im Zeichen der Verständigung!

Zwei deutsche Studenten in Paris verhaftet.

Paris, 28. September.

Zwei auf der Sorbonne für die Ferienarbeiten eingeschriebene und mit ordnungsmäßigen Ausweisen versehene deutsche Studenten — Paul Corbach aus Marienheide bei Aßin und Günther Rachen aus Braunschweig — haben mit dem Pariser Polizeibehörden ein Erlebnis gehabt, das geeignet erscheint, ein großes Schlaglicht auf die sogenannte „Verständigung“ zu werfen.

Die beiden Studenten, von denen einer gleichzeitig als Pressekorrespondent tätig ist und einen entsprechenden Ausweis besitzt, beklagten eine öffentlich angezeigte französische politische Verarmung, in der über Kolonialfragen gesprochen wurde. Selbstverständlich griffen sie mit keiner einzigen Bemerkung in die Aussprache ein. Als die Studenten aus dem Versammlungsraum nachschneidend auf die Straße traten, wurden sie von Kriminalbeamten empfangen und auf die Polizeiwache abgeführt. Dort nahm man ihnen ihr Geld, sowie sämtliche Sachen bis zu den Hosenriemen und Taschen, worauf sie in eine kleine Zelle mit nackten Holzbänken an den Wänden als politisch verdächtig eingesperrt wurden. Am nächsten Vormittag wurden die beiden Deutschen in Begleitung von je zwei Kriminalbeamten in ihre Wohnungen und von dort auf die Polizeiwache abgeführt. An der Wohnung fand eine Hausdurchsuchung statt, wobei Privatbriefe, Professore, deutsche Zeitungen, Papiere beschlagnahmt wurden.

Die völlerrechtlich begründete und immer wieder erhobene Forderung der deutschen Studenten, sich mit der deutschen Botschaft direkt oder indirekt in Verbindung zu setzen, wurde rundweg unter Ausweitungsdrohungen abgelehnt.

Sowohl bei der Verhaftung, wie in der Prefektur fiel mehrfach der Ausdruck „Boches“. Während einer der Deutschen der bürgerlichen Mitte bzw. gemäßigten Rechts angehört, führt der andere einen Ausweis der sozialdemokratischen Studentenschaft Deutschlands und Oesterreichs bei sich. Diese Verbindung Deutschland-Oesterreich wurde von den Beamten als besonders gravierendes Moment pangermanistischer Bestimmung gewertet. Erst am späten Nachmittage erlangten Corbach und Rachen, denen nicht die geringste politische Befehlung und auch kein Fehler in den Personaldokumenten nachgewiesen wurde, die ihnen gemächlich entzogene Freiheit wieder.

einfache Tatkade heraus: der demnächste Schwiegerpapa trachte Geld und Kopfe dienlich bei ihm an. „Sir — wieviel dem?“ fragte er ohne Umhülle. Dahlinger schnellte elastisch in die Höhe. Dieses bereitwillige Entgegenkommen übertraf seine kühnen Erwartungen.

„Wieviel? D — natürlich nur eine geringfügige Summe, die ich in im Notfall auch fähig machen könnte, aber mit mehr Scherezeien und Verlust, als es sich um lumpige fünf-tausend Mark verlohnt.“ Die Summe war glücklich heraus. Tausend Mark hatte er verlohnen wollen von Felix zu erhalten. Nun hatte er die Zahl vermindert. Es war ein tücher Augenblendeinfall gewesen, und glückte der Coup, dann — dann — er war ganz aufgeregt, wie gelassen er auch wieder dastand.

Kahms hatte keinerlei Ueberachtung gezeigt, aber jense Hinde, die in den Sackentäcken stecken, machte eine Bewegung, als ziehe er einen Mantel um sich fleh zu sammeln. Ein paar Hunderte, die hätte er sich ja vor Not abtun lassen, aber fünf-tausend — nu nee! „Ja, so was ist fatal!“ — sagte er und zog die Schultern bis zu den Ohren empor.

Er lehnte ab. Dahlinger zauderte nicht mit der Wimper und nidte:

„D's fatal ist! Uebrigens du, eh' iws vergesse, was ich bid fragen wollte — lag man, ich hab' dir eigentlich schon für deine sämtlichen drei Häuser Käufer in Aussicht.“

„Ne“, sagte Felix Kahms, stemmte die Ellenbogen auf die Knie und sah sein Gegenüber erwartungsvoll an. „Das eine Haus ist verlag, die anderen beiden sind noch zu haben. Willst du mir eins abtaufen?“

„Ich nicht gerade, aber ein auswärtiger Bekannter von mir hat die Absicht, sich in Berlin anzusiedeln.“

„Aha was war der Speß, auf den die Maus anbeissen sollte. Spöttlich zwinkerte Kahms mit den Augen.“

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Heimat und dem Reiche.

Remberg, den 29. September 1930

Am 1. Oktober feiert Betriebsdirektor Stiebing sein 25jähriges Dienstjubiläum. Auch wir bringen dem Jubilar unter Würdigung und hoffen, daß ihm noch viele Jahre erprobter Tätigkeit beschieden sein mögen.

Esp. Liebesgaben für den Gustav-Adolf-Verein. Es ist eine alte Sitte, daß auf den Reichstagen des Gustav-Adolf-Vereins eine Liebesgabe überreicht wird, die dann besonders in Not befindlichen deutschen evangelischen Gemeinden oder Schulen im Ausland zugute kommt. Die diesjährige Reichstagung war die 75. Sie fand in Stuttgart statt. Prälat D. Hoffmann überreichte dem Vorsitzenden des Gustav-Adolf-Vereins namens des schwebösischen Kirchenrats die finanzielle Summe von 170000 Mark, das sind 10 Pfennig auf den Kopf der Bevölkerung. Aber das war nicht die einzige Liebesgabe. Nach dem württembergischen Kirchenführer trat die Jugend auf den Plan. Die Kleinen und Kleinsten kamen und brachten blumengeschmückt ihre Pfennige und Groschen, die Kinder von der Sonntagsschule folgte, die Vertreter der Jugendbünde und schließlich der Organisator der Deutschen Kindergabe, deren Ertrag von beinahe 500000 Mark einer deutschen evangelischen Gemeinde in Südbavaria zugute kommt. Die Gustav-Adolf-Vereinsvereine hatten den Gedenktisch mit künstlerisch wertvollen Altargeräten geschmückt. — Die sogenannte große Liebesgabe fiel in diesem Jahre nach Brasilien, und zwar nach Sao Leopoldo, dem Brennpunkt deutschen evangelischen Lebens in Brasilien. Dort soll das Geld zum Aufbau einer Schule, eines Lehrers- und Prominariums verwendet werden.

Um 1 Uhr Polizeifunde. Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat unter dem 16. d. Mts. eine neue Polizeiverordnung über die Polizeifunde erlassen. Die Polizeifunde beginnt um 1 Uhr und endet um 7 Uhr. — Damit ist die rechtliche Unsicherheit in der Frage „Haben wir eine Polizeifunde“ endgültig aus der Welt geschafft. * Bei dem Schweineermarkt am 27. September waren 415 Ferkel aufgetrieben. Es wurden bezahlt: 4 Wochen alte Ferkel mit 16 RM, 6 Wochen alte mit 18 RM, 8 Wochen alte mit 20 RM.

Zirkus „Buffalo“ kommt! Heute Montag, den 29. September 1930, abend 8 1/2 Uhr, gibt der weltbekannte Wildwest-Zirkus „Buffalo“ auf dem hiesigen Schützenplatz seine Eröffnungs-Vorstellung. Der Zirkus bringt einen großen Wagenpark, ein gutes Orchester, artistisches und technisches Personal von über 50 Köpfen neben einem guten Pferdematériel mit der große, amerikanische, freischwebende Zirkuspalisade mit über 3000 Menschen und wird die Vorstellung mit einem erfrischenden, neuartigen Programm ausrichten. Wir können den Besuch dieser Veranstaltung nur empfehlen. Der kolossale Erfolg in Brettin veranlaßt die Direktion sogar, nach einer Vorstellung zuzugreifen.

* Im Verlag G. L. Koenig, Erfurt, erschien von dem Winterfahrplanbüchlein (siehe: Koenigs Fahrplanbuch für Mitteldeutschland (mit blauem Umschlag) im 24. Jahrgang. Es enthält die Fahrpläne aller Eisenbahnlinien Mitteldeutschlands und die hauptsächlichsten Fern- und Auslandsverbindungen. Wegen der praktischen Zusammenstellung der Fahrpläne, die mit Hilfe der ausklappbaren Streckentafel oder des Stationsverzeichnis leicht aufzufinden sind, und nicht zuletzt wegen der deutlich lesbaren Ziffern und des sauberen Druckes, erfreut sich das Büchlein besonderer Beachtung. Sein Preis beträgt nur RM. 1.—. — Der Tagfahrplan für Thüringen und der Kraftfahrzeugfahrplan für Mitteldeutschland erschienen am Mittwoch, den 1. Oktober.

Stößen. (Ein Auto brennt.) Am Sonnabend in der fünften Wagenstraße gab es einen kurzen Feueralarm. Der Kaufmann des Kaufmanns Franz Krappfeld, Mittelstraße, der im Begriff stand, eine Geschäftsfahrt zu unternehmen, ging beim Herausfahren aus dem Hof in Flammen auf. Das Feuer war durch einen Bergabbrand entstanden, der das Auto fast völlig vernichtete. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Bräutigam. 25. Sept. Der hier auf der Domäne bei Herrn Gierdick, Thiele zu Besuch weilende, ziemlich alte Jahre alte Sohn Wolfgang des Herrn Staatsamtsassistenten Trenkmann aus Hannover fuhr gestern nachmittags mit einem Gefährt für den der Schöpfung eines mit gepreßtem Stroh beladenen Fuhrwerks vom Dorfweh Köhlin nach der Domäne Bräutigam. Schon nahe hinter dem Gutshofe fiel der Knabe plötzlich durch die Erdrückungen, die der Wagen durch große auf der Straße herausstehende Steine erhielt, von seinem Sitz, nur die Köder des bergabgehenden Gepäcks. Ehe der Gefährtführer die Pferde zum Stehen gebracht hatte, war auch schon ein Vorderband dem Jungen quer über die Brust gegangen. Ganz kurze Zeit danach war er schon tot. Die Eltern erlitten die Schreckensbotschaft von ihrem einzigen Kinde auf einer Reise in Italien.

Woderoe. (Die Hornissen attackieren weiter.) Die Hornissen mühen weiter. Das müssen jetzt 12 Dessauer Damen am eigenen Leibe spüren, die ahnungslos vom Stieglitz über den Lafendall nach Woderoe einen Spaziergang unternahmen, als sie sich plötzlich von diesen „Regelagerern“ umringt fühlten. Trotz heftiger Gegenwehr erhielten verschiedene Damen Stiche, und es blieb ihnen weiter nichts übrig, als schleunigst die Flucht zu ergreifen.

Reizig. 26. Sept. (In der Jaudengrube erstickt.) Als die Familie des Gutbesizers Prosch Dienstag abend gegen 6 Uhr vom Felde kam, fand sie die 55 Jahre alte Frau Prosch, die allein zu Hause geblieben war, in der Jaudengrube erstickt vor. Wie sich der Unglücksfall zugegangen hat, ist nicht festzustellen, da niemand etwas bemerkt hatte. Vermutlich ist Frau P. an der Jaudengrube infolge eines Schwächeanfalls zu Fall gekommen und in ihr erstickt. Jedenfalls fand man sie mit dem Gesicht in der Grube liegend am Abend vor.

Halle. In der Gesamtsitzung der Industrie- und Handelskammer am 24. September hielt Dr. Blochius ausführliches Referat über „Die Regelung des Zugabewesens“. An der Regelung der Zugabegewährung ist in erster Linie der

Kandel, alsdann aber auch die Industrie sehr stark interessiert. Wenn auch der für Zugabegewährung inselamt in Betracht kommende Betrag von 30—56 Mill. RM. benehmen am Gesamtministerium, verhältnismäßig sehr gering ist, so ist doch dieser Betrag für die Beurteilung des Zugabewesens nicht unbedeutend. Der Referent ging dann auf die einzelnen Zugabegewährungen ein, die sich im Wirtschaftslieben in Gestalt von Waren oder sonstigen Leistungen (Versicherungen, Fahrgeldrückerstattung, Bewirtung mit Koffee und Kuchen) zeigen. Das Wesen der Zugabegewährung kennzeichnet er dahin, daß Waren oder sonstige Leistungen beim Verkauf von Waren anderer Art gewährt werden. Nicht unter den Begriff der Zugabe fällt demnach der Waren- und der Gebrauchs. Es wurde dann näher auf das Gut und das Gegen der Zugabegewährung unter Beachtung des zum vorläufigen Reichsmittelhaushalt über die Materie erstatteten Gutachtens eingegangen. In diesem Punkt wurde die Ansicht vertreten, daß eine Abhilfe der an sich berechtigten Klagen und Mißstände, die sich auf dem Gebiete des Zugabewesens gezeigt hätten, durch eine schärfere Anwendung der bestehenden Rechtsnormen nicht beseitigt werden könnten. Es sei vielmehr das Eingreifen der Gesetzgebung in diese Materie unbedingt notwendig. Hierfür liegen bereits eine Reihe von Gebotsvorschriften, die sich in zwei Gruppen einteilen lassen: einmal solche, die ein Verbot der Aufhebung der Zugabe vorsehen und dann solche, die ein Verbot der Zugabegewährung überhaupt verlangen. Nach einer sehr lebhaften Diskussion faßte die Gesamtsitzung eine Entschließung, in der für ein Zugabeverbot eingetreten wird.

Bad Harzburg. (Wortzug des Deutschen Buchdrucker-Gewerbes.) Der Deutsche Buchdruckerverein nahm am Schluß seiner Tagung eine Entschließung an, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die Lage des deutschen Buchdruckerwesens sich bedenklich verschlechtert habe. Es wird verlangt, daß endlich die verprochenen Steuererleichterungen wahrgemacht und die sozialen Abgaben gemindert werden, damit auch die Getriebenen herabgesetzt werden könnten. Die in Frage kommenden Stellen in Wirtschaft und Staat sollten unannehmlich die nötigen Schlußfolgerungen ziehen.

Unregelmäßigkeiten im Mietereverein Halle. Halle. Im Mietereverein Halle ist man Unregelmäßigkeiten des geschäftsführenden Vorsitzenden Carl Langhelfrich auf die Spur gekommen. Langhelfrich ist bereits vor Monaten wegen Untreue zum Richter des Vereins zu 100 RM Geldstrafe verurteilt worden. Durch eine Untersuchungskommission ist jetzt eine Reihe von Unregelmäßigkeiten des Genannten aufgedeckt worden, durch die der Verein um erhebliche Summen geschädigt worden ist. So hat L. Beiträge für die Angestellten des Vereins an die VDA nicht abgeführt, die gegen ihn aus diesem Anlaß verhängten Strafen aus der Kasse bezahlt und veraltete Marken, von deren Epizinsen niemand etwas bekam, für seine in Vorteil verkauft. Der Vorstand hat veranlaßt, Strafverfahren wegen Unterschlagung und Untreue zu stellen.

Das Naumburger Dreieckennenn fällt aus. Naumburg. Das Preussische Ministerium des Innern hatte im vorigen Jahre ein Verbot von Geheimniskennern erlassen, die durch benutzte Dreiecke führen. Ausnahmen sollten nur unter bestimmten Bedingungen zugelassen werden. Obwohl für das Kennen „Rund um Dobichau“ diese Bedingungen erfüllt sind — die Strecke ist unter großen Kosten renoviert worden — wurde die Abspaltung des Rennens behördlich verboten. In Naumburg herrscht darüber große Enttäuschung.

Der Leichenfund bei Södra. Södra (Kr. Verden 1). Zu dem Leichenfund im Roggenfeldern in der Feldmark Södra wird jetzt weiter bekannt: Der Tote ist von der Kriminalpolizei als der leichnam Jahre alte Dachdeckerlehrling Alfred Schneider aus Bitterfeld identifiziert worden. Schneider hat am 21. August infolge Differenzen mit seinem Lehrmeister Bitterfeld verlassen, um nach Hamburg zu wandern. Er hatte nur wenige RM bei sich und wollte zunächst seinen Bruder, der in der Gerichtsgasse in Walschitz li, besuchen. Man nimmt an, daß Schneider von einem Wanderstrolach gefolgt und seine Sachen beraubt worden ist. Ueber die Todesursache hat sich auch durch die Obduktion nichts Bestimmtes feststellen lassen weil von den Fleischhauern nicht mehr viel vorhanden war. Ob eine Täubung durch Schrotschuß vorliegt, kann mit Sicherheit nicht gesagt werden; es muß erst die Sachverständigenuntersuchung der noch vorhandenen Kleidungsstücke abgewartet werden.

Die Neuregelung der Reichsbahndirektionsbezirke. Halberstadt. Wie wir von der Halberstädter Reichsbahndirektion erfahren, wird nach Aufhebung der Reichsbahndirektion Magdeburg das ganze Herz- und Bodeargebiet mit den Städten Halberstadt und Quedlinburg der Reichsbahndirektion Hannover zugeteilt werden. Lediglich Alhersteden wird Halle angegliedert.

Nachherbst (Kr. Quedlinburg). Stoffeneinbrüche. In alten Stoffen der Grube „Concordia“ sind Brüche niedergegangen, die teilweise einen großen Umfang angenommen haben. Der Teicher der größten Einbruchstelle hat nun eine Tiefe von zehn Meter, ein anderer mit etwa fünf Meter im Umfang und ist fünfzehn Meter tief. Die Einbruchstellen sind abgesperrt worden.

Szene kommunalpolitischen Beamten in Thüringen. Weimar. Das Thüringische Staatsministerium hat einen Beschluß gefaßt, wonach sämtlichen Staatsbeamten jede Teilnahme an kommunalpolitischen Parteien verboten ist. Das gleiche Verbot ist für die Gemeinde- und Kreisbeamten erlassen.

Weimar. Das Thüringische Ministerium des Innern teilt folgendes mit: Dem Thüringischen Staatsministerium liegt ein Gesuch vor, wonach künftig die Wahl der Bürgermeister und Beigeordneten von der Bestätigung der Aufsichtsbehörde abhängig gemacht werden soll. Die bisherige Erfahrung hat gezeigt, daß die obersten Vertreter in den Gemeinden sehr reich häufig Personen übertragen worden sind, die vorbestraft oder in anderer Beziehung nicht makellos waren.

Dresden. Die Original-Delegierte „Anbetung Christi“ von Lukas Cranach, „Ecole de Bruges“, „Bauerlinge“ von Vega und ein Eingelichteter, die Wille Zucht einem hiesigen Kunsthandwerker übergeben worden waren, sind spurlos verschwunden. Die Bilder haben einen Wert von etwa 5000 RM. Angaben über ihren Verbleib werden nach dem Kriminalamt Dresden erbeten, wo auch Reproduktionen ausliefern.

Röhlau. In der Strohoferei der Zellulosefabrik W. Müller & Schmitt ist durch Freitagsbrand ein Feuer aus, das mit unheimlicher Geschwindigkeit den gesamten Dachstuhl ergreift. Sämtliche Hofhäuser Feuerwehren, die Deffauer und die Verber Motorpumpen müssen eingesetzt werden, um ein Liebergehen auf das große Strohlager zu verhindern. Erst nach mehrstündiger Arbeit war die Gefahr beseitigt. Der Schaden ist beträchtlich.

Zusammenkunft des Anhaltischen Landtags. Dessau. Der Anhaltische Landtag wird wahrscheinlich am 2. Oktober zusammenzutreten. In die Verhandlungen über die Anträge der Rechtsparlamenten betreffend Erhebung des Staatsgerichts und Einlegung eines Unterlassungsaufschusses im Zusammenhang mit der Affäre Preußag-Realforderungen und den gegen die Abgeordneten Günther-Deffau und Watzahn erhobenen Beschuldigungen fortzuführen. Es wird damit gerechnet, daß der Landtag erst am 7. Oktober zusammentritt.

Hohenleipisch. Vom Ferkeltotgefahren. Der Arbeiter Schurig von hier begegnete mit seinem Ferkel auf dem Weg nach Eiterwede einem Trecker mit Anhänger, der von einem Mann gelenkt wurde, der erst das Ferkel tötete. Der Trecker schwenkte einmal nach rechts einmal nach links. Als Schurig auf ihn nachschauen wollte, er plötzlich wieder eine Schenkung. Schurig kam dabei unter die Räder und wurde auf der Stelle getötet. Die polizeiliche Untersuchung ist eingeleitet worden.

Halberstadt. Ein Mordprozess. Für die nächste Sitzungsperiode des Halberstädter Schwurgerichts ist die Verhandlung gegen den Heilgehilfen Koch aus Joppm, der des Mordes an Direktor Kramer in Nachterstedt beschuldigt wird, in Aussicht genommen. Koch, der bereits seit Anfang Juli in Untersuchungshaft sitzt, taugt nicht wie vor die Tat.

Tangerhütte. Kartoffelstreik. Der einigen Jahre schon wurde festgestellt, daß einige Felder von Kartoffelstreiks befallen wurden. Auch die diesjährige Prüfung durch einen Sachverständigen der Landwirtschaftskammer halfte ergab wiederum Kartoffelstreiks. Den Landwirten wird geraten, nur die von der Landwirtschaftskammer als treibsfähigen empfohlenen Kartoffelsorten anzubauen.

Hierode (Harz). Eisenhüchstraggdie. Der 36 Jahre alte Bergmann Fentrich ergriff im Verlaufe einer erregten Ansprache mit seiner Ehefrau und deren Geliebten, dem Arbeiter Freiberg, einen Revolver und eructe auf seine Frau und Freiberg. Mit schwerem Berührungsmunten beide ins Krankenhaus gebracht werden, wo sie in beunruhigendem Zustande darniederliegen. Der Täter stellt sich der Polizei.

Perlin. Die Tankstellenräuber gefaßt. Ein Raubüberfall auf die Großparking in der Thomasstraße zu Neudorf ist schnell aufgeföhrt worden. Im Raubmord wurden beide in junge Leute, die mit Motorrädern aus Berlin kamen, beobachtet. Sie wurden von der Polizei später auf einem Gartengrundstück ausfindig gemacht. Beim Streuverfahren vermittelten sie sich in Wiederrück. Als aber das Grundstück durchsucht und unter Reihgehäusen die gestohlenen Maschinen gefunden wurden, mußten sie sich zu einem unvollständigen Geständnis beugen. Es handelt sich um vier arbeitstfähige Motorroller im Wert von 20 bis 28 Mark aus Spandau und Charlottenburg. Sie hatten schon öfter gemeinsame Diebstähle in den Straßen Perlins ausgeführt.

Teich. Schlechte Finanzlage. Die Einführung der Bier- und Getränkesteuer wurde vom Gemeinderat einstimmig abgelehnt. Dieser Beschluß wurde vom Bürgermeister beanstandet, so daß sich die Regierung mit der Sache zu befassen haben wird. Die finanziellen Verhältnisse wurden als kritisch bezeichnet. Nur bei sofortiger Hilfe kommt die Wohlfahrtsarbeit weitergezogen werden.

Die Nationalsozialisten verlangen Herabsetzung der Ministergehälter.

Weimar. Die nationalsozialistische Landtagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, in dem gefordert wird, für einen im Amt befindlichen Minister als Amtsbezug ein Amtsgeld in Höhe von nur 12000 RM zu bewilligen. Nach § 1, Abs. 1, erhalten die im Amt befindlichen Minister das jeweils auf Grund der Besoldungsordnung festgelegte höchste Gehalt eines Ministerialdirektors. Dazu kommen nach Abs. 4 bis 2000 RM Aufwandsentschädigung, so daß gegenwärtig die Gehälter von Minister 16000 RM plus 2000 RM, also 18000 RM Gehalt betragen. Bei Annahme dieses Antrages würde der Minister ein um 4000 RM geringeres Gehalt als der Ministerialdirektor erhalten.

Gera. Keine dauernde Zwangsverwaltung. Die Drohung des Thüringischen Staatsministeriums, für die Durchführung der Gemeindegrößensteuer den Oberbürgermeister zum Staatsminister zu ernennen, hat in Gera heftigste Beunruhigung hervorgerufen. Oberbürgermeister bemerkt, daß es sich natürlich nicht um eine dauernde Zwangsverwaltung handelt, sondern nur um eine Beauftragung für einen bestimmten Fall, und daß über den Zustand der städtischen Finanzen im allgemeinen keinerlei Bedenken bestehen.

Saalburg. Vom Talsperrenbau. Gegenwärtig ist mit dem Bau der eigentlichen Sperrmauer der Saalaltperrre der Anfang gemacht und die Betonierungsarbeiten sind aufgenommen worden. Sie hatten sich etwas verzögert, weil man im Saalaltperr auf eine wasserdurchlässige Kiesdecker gestossen war.

Urteil im Wessel-Prozess.

Schwere Justizhausstrafen

Berlin, 27. September.

Das Schwurgericht hat Landgericht 1 unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Zoll verurteilt am Freitag nachmittags gegen 3 1/2 Uhr folgendes Urteil im Prozeß Wessel Höpfer und Genossen:

Wegen gemeinschaftlichen Zoffschlages und unbefugten Waffenbesitzes werden verurteilt die Angeklagten Höpfer und Rückert zu 6 Jahren 1 Monat Justizhaus und 5 Jahren Gefängnis. Wegen gemeinschaftlichen Zoffschlages und Diebstahls der Angeklagte Randschiff zu 5 Jahren Justizhaus und 3 Jahren Gefängnis. Wegen gemeinschaftlichen Zoffschlages Mar Jambrowski zu 2 Jahren Gefängnis, Frau Salm, Walter Jambrowski und Wiff Jambrowski werden zu je 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, Jonek und Elfe Kohn zu je 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

Wegen Begünstigung erhalten die Angeklagten Kupferstein, Sander, Will, Drennigk je 4 Monate Gefängnis. Die Angeklagten Hermann Schmidt, Grete Schmidt, Luise Schmidt und Godowick werden freigesprochen. Mit Rücksicht auf die Höhe der Strafen wird der Hofmeister gegen Höpfer, Rückert und Randschiff aufrechterhalten. Das Kriminalgericht stand während der Urteilsverkündung unter starkem Polizeischutz.

Nuß- u. Brennholzverkauf

der **Oberförsterei Tornau** b. Döben am **23. Oktober 1930**,
10 Uhr im „Heidekrug“ in Tornau.
Tornau-Süd, Tot. Born. Gr.: 1 Std. Kl. III = 0,48 fm; Kie:
 Grubenlangh 677 Std. = 244 fm; Langh. u. Abfchn. Kl. 2a-5
 = 890 Std. = 754 fm.
Rauchhaus, Tot. Born. Kie: Grubenlangh. 334 Std. = 104 fm;
 Langh. u. Abfchn. Kl. 2a-4a 189 Std. = 160 fm.
Lutherstein, Tot. Born. Kie: Langh. u. Abfchn. 213 Std.
 Kl. 1-5 = 117 fm.
Grenzhaus, Tot. Born. Kie: Langh. u. Abfchn. Kl. 1-4a 133
 Std. = 86 fm.
Schwemal, Tot. Born. Kie: Grubenlangh. 947 Std. = 343
 fm; Langh. u. Abfchn. Kl. 2a-5, 1110 Std. = 843 fm.
Grenzhaus, Tot. Born. Gr.: 10 Kl. 30 Kni, 15 Reis I; Du:
 27 Kl. 21 Kni, 2 Reis I, Vi: 4 Kni; Kie: 82 Kni.
 Berichtigung vorbehalten. Aufmaßlisten bei Bestellung bis 5.
 Oktober, Versand am 12. Oktober.
 Die Aufmaßlisten von Lutherstein Termin 12. Juni und Grenz-
 haus 31. Juli behalten Gültigkeit.

So lebensgefährlich

ist es in der Collegienstrasse nicht, als
 daß Sie nicht zu uns kommen könnten!
 Wir bieten Ihnen Vorteile beim Einkauf.

Unsere Ausnahme-Tage

gehen weiter. — Nach wie vor gewähren
 wir auf unsere äußersten Preise **10**
 Prozent Nachlass!

Schuhhaus Aug. Hoffmann

Wittenberg 89 Collegienstr. 89
 Fernruf 2279 — Gegründet 1834

Reine Gänsefedern

gewaschen füllfertig
 zu Fabrikpreisen.
 Echtreote erprobte Inlets. Verlangen Sie Muster.
Bettfedern-Reinigung Pfund 30-40 Pfg.
 Sofortige Fertigstellung, auch in Ihrem Beisein, kostenlose Beförderung.
 Postkarte genügt.

Bettfedernfabrik Webwarehaus
 Wittenberg Bürgermeisterstr. 3 Telef. 3295
 Bei Einkauf von 50,- RM. ab Fahrvergütung.

Schwere junge frischmelende und junge schwere
Kuh mit Kalb hochtrag. Kuh
 stehen zum Verkauf bei **Hermann Dietrich**, Weiberstraße 22

Dienst am Kunden

Der wirtschaftlichen Lage Rechnung tragend und helfend zu wirken, verzichten die bei

Edeka-Wittenberg

angeschlossenen Geschäfte eine Woche auf ihren Verdienst beim Verkauf von

Bourzutschky - Marmeladen

Wenn wir unserer werten Kundschaft eine **sofortige Ersparnis** geben, dann
 nennen wir das **Dienst am Kunden**.

In der Woche vom **27. September** bis **6. Oktober** einschließlic
 verkaufen wir

	25 Pfund		10 Pfund		5 Pfund		2 Pfund		1 Pfd.-Gläser	
	sonst	jezt	sonst	jezt	sonst	jezt	sonst	jezt	sonst	jezt
	Rm.	Rm.	Rm.	Rm.	Rm.	Rm.	Rm.	Rm.	Rm.	Rm.
Dierfeucht-Marmelade	12,25	9,75	5,50	4,20	3,-	2,30	1,25	0,98	0,75	0,60
Himbeer o. R.	24,-	19,50	10,-	8,10	5,50	4,25	2,25	1,76	1,30	1,02
Job. „Gelee“	18,-	14,50	7,50	6,10	4,50	3,25	1,75	1,36	1,10	0,82
Job. „Gelee“	18,-	15,-	8,-	6,30	4,50	3,25	1,75	1,40	1,05	0,84
Apfel-Gelee	13,50	11,25	6,-	4,80	3,50	2,60	1,50	1,10	0,85	0,69
Orange-Konf.	16,50	13,75	7,50	5,80	4,-	3,10	1,75	1,30	1,-	0,79
Ananas	27,50	22,-	11,50	9,10	6,-	4,75	—	—	1,40	1,12
Erdbeer „95. Fr.“	22,50	18,25	9,50	7,60	5,-	4,-	2,25	1,66	1,25	0,97
Himbeer-Konf.	21,50	17,50	9,50	7,30	5,-	3,85	2,-	1,60	1,20	0,94
Aprikose- 1/2 Fe.	18,-	14,50	7,50	6,10	4,-	3,25	1,75	1,36	1,10	0,82
Kirschen süß	18,-	14,50	7,50	6,10	4,-	3,25	1,75	1,36	1,10	0,82
Pflaumen	14,50	11,50	6,50	4,90	3,50	2,65	1,50	1,12	0,90	0,70

„Edeka“ Wittenberg

Der Verkauf findet in allen mit „Edeka“ bezeichneten Geschäften statt

In Remberg bei

C. G. Neil J. G. Glanbig Rudolf Huhn

Gross-Zirkus „Buffalo“

kommt

mit einem Riesen-Aufgebot von Tieren und Menschen aller Nationen
nach Kemberg auf den Schützenplatz

50 Pferde - 20 grosse Transportwagen - Grosse eigene Musik-
 kapelle - Grosse amerikanische Zeltbauten usw. Das grösste
 Unternehmen, was seit Menschengedenken hier gastierte - -

Eröffnungs-Vorstellung:

Montag, den 29. September, abends 8³⁰ Uhr

Dienstag 2 grosse Vorstellungen

Nachmittags 4 Uhr und abends 8.30 Uhr

Wollen Sie einige angenehme Stunden im Wilden Westen verweilen unter Cowboys,
 Mexikanern, Trappern, Negern und Girls, so besuchen Sie bitte die

Gross-Wanderschau Zirkus „Buffalo“

heute Montag, den 29. September 1930.

Offeniere billig ab Lager:

Schwefels. Ammoniak

Nitrophoska

Ammoniak-Superphosphat

9x9

Superphosphat

Kali 42%

Kainit

Thomasmehl

Dachpappe, Zement

Kalk, Rohrgewebe

Gips und Tonwaren

Otto Möbius, Bergwiz.

Prima Hammelfleisch

frische Leber und Fleck

empfiehlt **Ewald Dallmann**

In unserer Schuhfärberei

färben wir jeden getragenen Schuh wie neu in jedem
 gewünschten Farbton. Die Färbung ist sauber und
 haltbar. Zum Selbstfärben führen wir alle Farben
 und beraten fachmännisch.

Schuhhaus Aug. Hoffmann

Wittenberg

Collegienstrasse 89

Zahn-Atelier

Fr. Genzel

Dentist.

Vollst. schmerzlindeendes

Zahnziehen

Plombieren in Gold, Silber

und Kupferamalgam

Anfertigung künstlicher

Zähne in Kautschuk, Gold u.

unechten Metallen, sowie

Kronen, Brückenarbeiten

und Stützähne.

Reparaturen werden schnell-

stens ausgeführt.

Prima frisches

Rindfleisch

frische Fleck

empfiehlt

Hch. Krausmann Nachf.

Ind. Heinrich Schneider

Fliegenfänger

nochmals frisch eingetroffen

bei **Richard Arnold**

Feinste

Fettbücklinge

Lachsheringe

Fettheringe

empfiehlt

J. G. Glaubig.

Bürger-Verein

Morgen Dienstag abend 8 Uhr

im Hotel Palmbaum

Berammlung

Um zahlreiches Erscheinen bitten

Der Vorstand

Voranzeige! Schützenhaus

Sonntag, den 5. Oktober

Erntefest

Carl Fröhnel

Hotel Palmbaum

Sonntag, den 5. Oktober

Ernte-Fest

Deutsche Illustrierte

Berliner Illustrierte

Münchner Illustrierte

Die Sendung

Revue des Monats

Das Magazin

neueste Nummern

erhältlich bei

R. Arnold, Buchhandlung

Leipziger Straße 64/65

la. Tafelbirnen

hat abzugeben

E. Schulze, Döbenstraße

Für die Aufmerksamkeit, die uns aus Anlaß unserer
 goldenen Hochzeit von nah und fern in so reichem Maße
 zu teil wurden, sagen wir hierdurch unseren herz-
 lichsten Dank.
Albert Nitzschke u. Frau
 geb. Möbius.

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Allerlei Unterhaltungsblatt.“ — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt: Betriebsstörung Streik usw. ersicht jeder Anspend auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 50spaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 30spaltige Reklameseite 40 Pfg., Ausnahmestücke 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe und deutliche geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagsgebühr: 10.— Mtl. das Laufen, zuzüglich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 114

Dienstag, den 30. September 1930

32. Jahrg.

Neues in Kürze.

* Botschafter Baugoin ist mit der Bildung des neuen österreichischen Kabinetts beauftragt worden.

* Der deutsche Gesandte in Prag, Dr. Ros, hat im dortigen Außenministerium Besprechungen wegen der Demonstrationen gegen deutsche Tonfilme erhoben.

* Obwohl die deutsche Botschaftsbehörde bereits auf die Lagerung des Botschafterbesuches geachtet worden ist, sollen darüber nochmals direkte Verhandlungen zwischen der deutschen und tschechischen Delegation stattfinden.

* „Manchester Guardian“ behauptet die in letzter Zeit erfolgte Schwächung in der Politik Englands, das nach den Erfahrungen Lord Cecil im Gegensatz zu den Ausführungen Henderson auf die Seite der Abhängigkeitsgegner getreten ist.

Das deutschfeindliche Prag.

Es gehört zu jenen Grotesken, an denen das heutige Europa nur allzu reich ist, daß gerade Prag, die Hauptstadt eines Staates mit 3 1/2 Millionen deutscher Einwohner, den Ruhm für sich in Anspruch nimmt, als die deutschfeindlichste Hauptstadt der Welt zu gelten. Durch die Vorgänge in Prag, die in diesen Tagen die allgemeine Aufmerksamkeit in ganz Europa erregt haben durch die wilden Hofausbrüche gegen das Deutschtum, die Zerstörungen deutschen Eigentums-Ausbrüche, gegen die die Polizei erst auffallend spät und zögernd eingeschritten zu sein scheint — durch das alles wird sogar Warschau, das sich sonst den Ruf der Deutschfeindlichkeit nicht nehmen läßt, bis zu einem gewissen Grade in den Schatten gestellt. Am Grunde haben diese Vorgänge für jeden, der die politische und psychologische Entwicklung der Nachkriegszeit mit einiger Aufmerksamkeit beobachtet hat, nicht allzu überrascht.

Polen wie die Tschechoslowakei verdanken Deutschland einen wesentlichen Teil ihrer eigenen nationalen Kultur, wie denn alle die jungen Staaten, die durch die Versailles-Friedensschlüsse geschaffen worden sind, eine mehr oder minder lange Zeit unter deutschem Einfluß gestanden haben. Das heutige Polen zehrt zum überwiegenden Teil noch von dem Kolonisationswert des großen Königs, und Böhmen, das sich heute den wenig wohlklingenden Namen der Tschechoslowakei zugelegt hat, hat Jahrhunderte hindurch das Herzstück des Habsburger Reiches gebildet.

Das alte Österreich, das Vorbild eines nach großen Gesichtspunkten geleiteten Nationalitätenstaates, der sowohl den Polen wie den Tschechen weitgehende Rechte einräumte, gehört heute der Vergangenheit an, und die Nachfolgestaaten, die an seine Stelle getreten sind, werden, wie es scheint, weniger von politischen und völkerrechtlich verbindenden Gesichtspunkten als von Ressentiments und Minderwertigkeitskomplexen aus geleitet. Man spürt hier überall den Haß einer niederen Kultur gegen eine höhere und entfremdet sich unmerklich, daß schon im Jahre 1861 Friedrich Schöberl, der große deutsche Dichter, von den Polen und Tschechen das prophetische Wort geprägt hat:

„Selbst die Bedientenöfler rütteln
Am Bau, den jeder tot gelagert.
Die Tschechen und Polaken schütteln
Ihr kruppig Karpatenbaudt.“

Offenbar legen beide Völker, und wie es scheint, in neuerer Zeit die Tschechen ein ganz besonderes Gewicht darauf, die bittere Charakteristik des Dichters zu rechtfertigen. Der finstere Fanatismus, mit dem man sowohl in Polen wie in der Tschechoslowakei die Ausrottung des Deutschtums fordert und den Kampf gegen die deutsche Kultur durchführt, wäre im früheren Europa undenkbar gewesen: er ist das deutliche Zeichen dafür, daß es Völker gibt, die ihre neu gewonnene Freiheit schlecht verstehen und in den durch sie eine beklagenswerte Psychologie erzeugt wird. Der Kampf gegen die deutsche Kultur, wie er zurzeit in Prag durch Festscherkürzerien und johlende Pöbelhaufen durchgeführt wird, hat im Grunde etwas grotesk Komisches, denn gerade in Prag empfindet selbst der flüchtige Besucher schon beim Anblick dieser wahrhaft herrlichen Stadt, daß er hier einem ebrühmteibenden Zentrum deutscher Kultur gegenübersteht.

Wenn die tschechische Presse fordert, daß in Prag jede „jüdische und deutsche Schweinerei“ vernichtet wird, so würde dann vermutlich nicht viel von Prag übrig bleiben. Wir Deutschen werden natürlich schmerzlich betroffen durch die Unmenschlichkeit, die Rechte der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei in wirtschaftlicher Weise wahrzunehmen. Am übrigen können wir den Kampf gegen die deutsche Kultur, der jetzt in Prag zu toben scheint, ruhig zusehen, da solche Dinge sich selber richten. Aber die nationale Selbstachtung fordert, daß wir jede Verhinderung auch in wirtschaftlicher Hinsicht mit der Tschechoslowakei nach Möglichkeit einschränken und

insbesondere auf den bei uns noch immer beliebten Versuch tschechischer Biere verzichten, um so mehr, als die auf diese Weise der tschechoslowakischen Wirtschaft zuzukommenden Beträge bekanntlich vorwiegend zu deutschfeindlicher Propaganda verwandt werden. Das ist sicher nur ein kleines Mittel, aber auch dieses sollte in dem großen Kampfe um die Geltung des Deutschtums in der Welt nicht ganz vernachlässigt werden.

Der neue Bundeskanzler.

Baugoin mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut.

Wien, 28. September.

Bundespräsident Miklas hat Botschafter Baugoin mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut.

Der mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragte Botschafter Baugoin ist im 37. Lebensjahre. Er war Rechnungsbekannter des Landes Niederösterreich, 1912 wurde er in den Wiener Gemeinderat gewählt; 1915 rückte er zur Kriegsbienleistung ein und fand bis Kriegsende als Rittmeister im Felde. Von 1918 bis 1920 leitete er das Amt eines Substitutes von Wien. Im Jahre 1920 wurde Baugoin in den Nationalrat gewählt und 1921 zum Bundesminister für Steuern ernannt, welches Amt er seither mit kurzer Unterbrechung bekleidete. 1929 wurde Baugoin zum Botschafter und 1930 nach dem Rücktritt des Bundeskanzlers Dr. Seipel, dem christlich-sozialen Parteimitglied zum Bundesparteiobmann gewählt.



Entscheidung liege nun beim Volk.

In einer Sitzung des Landbundes wurde eine Entschließung gefaßt, daß es dem Landbund unmöglich sei, sich an der Regierungsbildung zu beteiligen. Der Landbund sei von der Christlich-Sozialen Partei entsprechend den Koalitionsvereinbarungen nicht rechtzeitig um beachtlichen Rücktritt der christlich-sozialen Minister unterrichtet worden.

Der Landbund erblickt darin einen Bruch der Koalitionsvereinbarungen und sei deshalb nicht in der Lage, sich an der Bildung einer Mehrheitsregierung zu beteiligen.

Schober soll eine „Staatspartei“ gründen.

Die Beschlüsse der Großdeutschen und des Landbundes, sich an der Regierungsbildung, zu der Baugoin vom Bundespräsidenten beauftragt wurde, nicht zu beteiligen, haben eine neue Lage geschaffen. In parlamentarischen und politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß eine christlich-soziale Minderheitsregierung nicht von langer Dauer sein könne und daß die derzeitige parlamentarische Krise durch Neuwahlen beendet werden müsse. Auch in christlich-sozialen Kreisen ist man der Ansicht, daß Neuwahlen vor der Tür stehen. Man sagt sich, daß es zwecklos wäre, mit einer Minderheitsregierung die letzten Monate des Tagungsabschnittes verbringen zu wollen.

Als neue Entscheidung ist festzustellen, daß von Persönlichkeiten der Wirtschaft und von hohen Bundesbeamten eine Denkschrift an Dr. Schober in Vorbereitung sein soll, in der Schober aufgefordert werde, bei den kommenden Wahlen an die Spitze einer neu zu gründenden Staatspartei zu treten.

Man spricht auch bereits davon, daß Schober bereit sei, die Wahlen an der Spitze einer Partei der Mitte mitzumachen. Eine gewisse Rolle kommt der Sitzung der Bundesführung der Heimwehren zu, an der auch die Landesführer teilnehmen.

Die Not der deutschen Städte.

25. Tagung in Dresden.

Dresden, 27. September.

Zu einer Jubiläumstagung ist der deutsche Städtebund in Dresden zusammengetreten, wobei der Präsident Dr. Müller in seiner Ansprache hervorhob, daß der Städtebund die Städte als kulturelle und wirtschaftliche Mittelpunkte in ihrer Lebendigkeit und Initiative erhalten wissen wolle. Er erstrebe eine Selbstverwaltung nicht nur nach der Form, sondern auch nach dem Inhalt. Die härteste Einschränkung liege nach wie vor auf dem Gebiete der Finanzen.

Hier zeige sich die Schicksalsverbundenheit von Reich, Ländern und Gemeinden am deutlichsten.

Der sächsische Ministerpräsident Schick erwähnte u. a. die Reichsreform und hob hervor, daß die andere große dringliche Aufgabe sei und bleibe der Finanzausgleich, und was vielleicht noch mehr sei, der Finanzjahresausgleich.

Der preussische Minister Dr. Waentig überbrachte dem Städtebund die Grüße und Wünsche der preussischen Staatsregierung.

Den Hauptvortrag hielt hierauf Oberbürgermeister Dr. Ruppe-Milbrink, und zwar über das aktuelle Thema:

Arbeitslosenversicherung und Gemeindehaushalt.

Er hob hervor, daß durch die rapide und unaufhörliche Zunahme der Arbeitslosenverhältnisse — allein in den Städten mit über 25 000 Einwohnern vom Januar bis August von 223 000 auf 445 000 — die Mehrzusgaben der Gemeinden bis Ende d. J. mindestens 250 Millionen betragen würden, zu denen noch die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und Beihilfen hinzutreten. Schon jetzt seien die hierfür zur Verfügung stehenden Mittel aufgebraucht. Die neuen Vorberordnungssteuern könnten bestenfalls den sonstigen Einnahmehausfall ausgleichen, der bei nur etwa 135 Millionen eintreiben würden. Dagegen hätten die ungeheuren Mehrzusgaben für die Erwerbslosenunterstützung ungedeckt und stellten die Gemeinden unmittelbar vor die finanzielle Katastrophe. Es gebe nur einen Ausweg: die Arbeitslosenfürsorge nach Beruf und Felddauer unbefristet auszubehalten unter Aufbringung der Mittel durch das Reich. Inhablar seien die Vorschläge, die den Fiskus des Reiches auf eine Höchstsumme oder feste Dotationen beschränken wollten.

Dr. Brüning an den Städtebund.

Der Reichkanzler hat an den Präsidenten des Städtebundes ein längeres Schreiben gerichtet, in welchem er betont, nicht persönlich an der Tagung teilnehmen zu können, „weil die auf das gleiche Ziel gerichteten bedeutungsvollen Arbeiten des Reichskabinetts noch nicht zu Ende geführt sind, die der Schaffung eines klaren Sanierungsprogramms der Reichsregierung für die bevorstehenden politischen Verhandlungen“ gelten. Er übermittelte dem Städtebund schließlich die herzlichsten Glückwünsche zu seiner Jubiläumstagung.

Endlich Abbrüstung!

Graf Bernstorffs deutscher Appell.

Genf, 27. September.

Der zweite Führer der deutschen Delegation in Genf, Graf Bernstorff, hat in der sogenannten dritten Kommission des Völkerbundes, die sich in diesen Tagen eingehend mit der Abrüstungsfrage zu befassen hatten, einen Antrag eingebracht, der noch einmal einen dringenden Appell an die Mitglieder des Völkerbundes richtet, durch fähbare Herabsetzung der Rüstungen das verloren Vertrauen zum Völkerbund zurückzugewinnen.

Immer und auf jeder Tagung sei es des Rates, sei es im Plenum, muß Deutschland den Finger in diese Wunde des Völkerbundes legen und immer wieder daran erinnern, daß der moralische und politische Kurs der Genfer Völkerorganitation abhängig ist und bleibt von der Frage, ob endlich ernst gemacht wird mit der stillschweigenden und politischen Pflicht, die der Völkerbund seit seiner Gründung zu erfüllen hat, nämlich mit einer wirklichen läßbaren und wirksamen Einschränkung der Rüstungen.

Anfang November soll das Vorbereitende Komitee, das bisher zu keinem Ergebnis gekommen ist, das, wenn man so will, überhaupt keinen einzigen Schritt weitergeführt hat, seine Arbeiten aufnehmen. Schon die dauernde Vertagung dieses Komitees ein Hinweis auf den Mangel an Entschlossenheit der Abrüstungsfrage. An dem Antrag, den Bernstorff der Völkerbundscommission unterbreitet hat, wird mit Bedauern auf diese Entwicklung hingewiesen, die jeden Erfolg und jede Arbeit in der Abrüstungsfrage bisher illusorisch gemacht hat. Der deutsche Antrag verlangt wiederum, daß auf der Novembertagung der vorbereitenden Abrüstungskommission dieses Komitees ein Hinweis auf den Mangel an Entschlossenheit ebenfalls aufgestellt werden soll, das Problem der Beschränkung der Giftgaswaffen und des Kriegsmaterials zur Beratung gestellt wird.

Mit aller Deutlichkeit erklärt die deutsche Regierung darin, daß, solange eine fähbare Herabsetzung der Rüstungen oder Kategorien einschließlicher des Kriegsmaterials nicht erzielt ist, nicht einmal von einem ersten Schritt zur Abrüstung die Rede sein könnte.